

Stand: 07.07.2026 02:24:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12116

"Christentum in Bayern schützen - OSZE-Maßnahmen umsetzen und Übergriffe transparent erfassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12116 vom 22.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Christentum in Bayern schützen – OSZE-Maßnahmen umsetzen und Übergriffe transparent erfassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- die gegen christliche Kirchen und Gläubige gerichtete Gewalt weltweit auf dem Vormarsch ist,
- im Jahr 2025 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) einen umfassenden Leitfaden zum Umgang mit dem Phänomen des Christenhasses vorgelegt hat, der sich unter anderem an die Parlamente und Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer richtet,
- der Freistaat – auf dessen Gebiet leider ebenfalls zahlreiche Übergriffe auf christliche Kirchen zu beklagen sind – die dort formulierten Maßnahmen dringend aufgreifen sollte.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die vonseiten der OSZE angemahnten Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von Christenhass hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf den Freistaat zu prüfen und darunter insbesondere

- gegen Christen sowie Bauten und Symbole des Christentums gerichtete Taten in aller Deutlichkeit öffentlich zu verurteilen und dem Phänomen einen entsprechenden Stellenwert auf der ministeriellen Arbeitsebene einzuräumen,
- das Bewusstsein der Ermittlungsbehörden für entsprechende Straftaten zu stärken, damit sie in der Praxis auch tatsächlich als solche erkannt und eingeordnet werden,
- zum Schaden von Kirchen verübte Straftaten regelmäßig in umfassender Weise darzustellen und die Öffentlichkeit transparent darüber in Kenntnis zu setzen.

Begründung:

Die Zahl christenfeindlicher Straftaten und Übergriffe gegen Kirchen, kirchliche Einrichtungen sowie gläubige Christen in Bayern gibt Anlass zu erheblicher Besorgnis. Nach Angaben der Staatsregierung wurden im Zeitraum von 2020 bis einschließlich März 2025 mindestens 118 christenfeindliche Straftaten im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Die Fallzahlen stiegen dabei insbesondere in den Jahren 2023 und 2024 deutlich an. Während im Jahr 2022 noch zehn Delikte registriert wurden, waren es 2024 bereits 38 Fälle.

Unter den registrierten Straftaten befinden sich besonders schwerwiegende Delikte, darunter ein versuchter Mord in Seubersdorf in der Oberpfalz im Jahr 2021, Fälle schwerer Brandstiftung mit möglichem terroristischem Hintergrund sowie gefährliche Körperver-

letzungen und erhebliche Sachbeschädigungen an Kirchen und religiösen Einrichtungen. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass christenfeindliche Straftaten keineswegs bloße Bagatelldelikte darstellen, sondern teilweise erhebliche Gefahren für Leib, Leben und die freie Religionsausübung mit sich bringen.

Zugleich ist festzustellen, dass bislang keine umfassende und allgemein zugängliche statistische Darstellung dieser Deliktsform existiert. Die bisher veröffentlichten Zahlen beruhen überwiegend auf Einzelanfragen im Landtag. Darüber hinaus weist die Staatsregierung selbst darauf hin, dass der KPMD-PMK nur politisch motivierte Delikte erfasst und zahlreiche Sachbeschädigungen oder sonstige Angriffe auf Kirchen und christliche Einrichtungen statistisch nicht gesondert ausgewiesen werden. Dadurch entsteht eine erhebliche Informationslücke hinsichtlich Umfang, Entwicklung und regionaler Schwerpunkte christenfeindlicher Straftaten in Bayern.

Der erwähnte Leitfaden der OSZE ist in diesem Zusammenhang eine gute Richtschnur und richtet sich neben weiteren Adressaten explizit an die Regierungen der Länder.¹ Das Ziel des vorliegenden Antrags besteht entsprechend darin, die Staatsregierung zur Prüfung und Umsetzung der dort formulierten Maßnahmen zu bewegen. Insbesondere mit Blick auf eine transparente und umfängliche Erhebung bzw. Darstellung von Taten, die gegen christliche Kirchen gerichtet sind, sieht die AfD-Fraktion dringenden Handlungsbedarf.

¹ <https://odhr.osce.org/sites/default/files/documents/publications/2026/03/Christian%20security%20guide%20web.pdf> [Letzter Zugriff am 12.05.2026]